

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Wroslawia, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 2. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Wroslawia, Nr. 11753-54.

Bestechungsdebatte im Haushaltsausschuß.

In der wiedereröffneten Aussprache über die Angelegenheit Hermes im Hauptausschuß des Reichstages berichtete Staatssekretär Dr. Huber über den Fall Augustin. Eine Bestechung sei nicht erwiesen, desgleichen sei nicht erwiesen, daß er von der Beschlagnahme seines Autos etwas gewußt habe. Als Staatssekretär Ramm ihm erklärt habe, daß er den Fall in die Presse bringen werde, habe für ihn festgestanden, daß Augustin ausweichen müsse. Das nun eingeleitete Strafverfahren werde nach seiner Meinung mit Freisprechung enden. Minister Hermes teilte auf sozialdemokratische Anfrage hin mit, daß die Reichsstelle für Gemüße (Oberregierungsrat v. Tilla) zwei Autos unterhalten habe, das zweite Auto ohne Vorwissen des Reichsfinanzministers.

Abg. Burian (Centr.) gab der Uebersetzung Ausdruck, daß mit zu schwerem Geschütz geschossen sei. Immerhin sei die Sache strafrechtlich nicht in Ordnung, auch sei die Anschaffung eines so kostbaren Autos peinlich. Entlassung ohne Anzeige sei, wenn Milderungsgründe vorliegen, üblich. Von Korruption hinsichtlich des Ministers könne man nicht reden.

Dr. Böhm (Dem.) betonte den guten Glauben des Ministers. Dr. Helfferich (Dnr.) befragte die Vorstände gegen die Sparbarkeit. Ein Auto zum Preis von 280.000 M. im höchsten Verkehr übersteige weit das Bedürfnis. In der Zeit vor dem Kriege, als noch die alte Sparlosigkeit herrschte, hatten nur der Rangler einen Zweispänner, der Minister des Auswärtigen einen Einspänner, alle anderen Minister gingen zu Fuß oder nahmen eine Droschke oder zählten selbst, wenn sie fahren. Jetzt braucht jedes Ministerium für sein Auto jährlich 80.000-90.000 M. Unterhaltungslohn. Im März hat jeder Minister sein Auto trotz der geringen Entfernungen. Man hätte gegen Augustin ein Disziplinarverfahren einleiten müssen, in seinem Interesse und im Interesse des Amtes und der Staatsautorität. Der Fall Augustin hat seine Geschichte: Ramm und Ackerbaugefellschaft. Daß eine Kriegsgesellschaft, an der Reich und Staat stark beteiligt sind, einen Bestechungsversuch unternimmt, geht doch über die Grenzen des Erlaubten. Wenn ein Herr Dieber kommt und sagt: Ich mache mich anständig, einen Beamten zu bestechen — dann wirft man Herrn Dieber hinaus! Herr Dieber kommt wieder: „Ihre Hand ist verdammt!“ Dann schrebt man doch nicht einen diskreten Brief, sondern drängt auf volle Klärung. Der Fall Augustin unterliegt der gerichtlichen Klärung, der Fall Ramm ist ein Skandal.

Die Deutschnationalen Dr. Helfferich, Krüger, Hoppenrode und Dr. Köfide brachten eine Entschädigung an, worin die Reichsregierung aufgefordert wird, ersucht die Zahl der auf Reichsbesitz unterhaltenen Kraftwagen einschließlich der der Kriegsgesellschaften wesentlich einzuschränken und zweitens dem Reichsbesitz ein Verzeichnis der am 1. Oktober 1919 und der am 1. Oktober 1920 auf die höchsten unterhaltenen Kraftwagen einschließlich der der Kriegsgesellschaften vorzulegen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Reichshaushalt und Beamte.

Von Willy Steinbock.

Die Zahlen des Reichsetats schreien zum Himmel. Seit geraumer Zeit rauscht es im deutschen Wälderwald: Abbau der Ausgaben, Reinigung der Etats, Reform der Verwaltungen, fort mit den Zielwiefeln. Der Reichsfinanzminister macht seinem gequälten Herzen bei jeder Gelegenheits Luft, und der Finanzdirektor setzt seinen großen viden Koststift in Bewegung und streicht. Der Reichsrat hilft ihm; stolz läßt er verkünden, daß er 602 Millionen Mark Ersparnisse (bei dem 92-Milliardenetat) herausberaten habe.

Es war schon von jeder so, daß, wenn an Ersparnisse in den öffentlichen Ausgaben gedacht wurde, sich der Blick ganz automatisch auf die Summen lenkte, die zur Unterhaltung des riesigen Heeres der Beamten dienen, dann „Beamte“ und „haben wollen“ sind in der Öffentlichkeit ein und dasselbe. Ganz unwillkürlich kommt den meisten dann der Gedanke, hier müsse und könne gespart werden. Die Möglichkeit hierzu soll nicht bestritten werden, jedoch urteilen diese „meisten“ gewöhnlich jeder Sachkenntnis bar. So nimmt man das Nächstliegende, die Befoldung der Beamten, Angestellten und Arbeiter und hadt darauf herum, während die mindestens ebenso schwer wiegende Frage der sachlichen Ausgaben ungestört im Hintergrunde bleibt.

Die Ehrlichkeit gebietet aber, es offen auszusprechen, daß die vielfach verbreitete Behauptung, lediglich die Erhöhung der Bezüge der Reichsbeamten, -Angestellten und -Arbeiter sei die Ursache des immer mehr steigenden Finanzelendes des deutschen Volkes, eine glatte Unwahrheit ist. Gewiß sind die Gehälter und Löhne wie überall so auch bei den Reichsbehörden gestiegen, jedoch deswegen bleibt die Tatsache unumwiderleglich bestehen, daß die sachlichen Ausgaben, d. h. für Materialien usw., und mit ihnen die Profite des Handels und der beteiligten Industrien ungleich mehr in die Höhe geklettert sind. So sind die Beschaffungskosten bei der Eisenbahn für Kohle um 1380 Proz. (bis 1. März 1920, seitdem sind sie noch höher), für Lokomotiven durchschnittlich um 2370 Proz. (bis Ende 1919), für bedachte Güterwagen um 950 Proz., für Schmier- und Mineralöl um 630 Proz. (bis 1. März 1920 und gegenüber dem Stand vom 1. April 1915) gestiegen. Ebenso sind natürlich auch die Preise für alle anderen Materialien hinaufgetrieben worden, so für Schwellen um 3310 Proz., für Schienen um 3040 Proz. usw. Bei der Post und Telegraphie ist es teilweise noch ärger. Die Preise für die hier am meisten benötigten Materialien und Apparate sind ins Himmelblaue geklettert und machen noch immer nicht halt. Eisenbahn ist um mehr als 3000 Proz., Kupferdraht um 1200 Proz., unterirdisches Kabel um 2000 Proz., Kabel für Fernsprechapparate um 3000 bis 4000 Proz., Fernsprechapparate um 2000 bis 3000 Proz. gestiegen. Und wie das von allen Behörden in Massen gebrauchte Papier im Preise in die Höhe gegangen ist, weiß jeder Schulkind. Hinzu kommt noch, was nicht oft genug wiederholt werden kann, daß der Verbrauch an allen Materialien heute ein bedeutend stärkerer ist, weil sie nicht mehr dieselbe Güte wie früher haben und weil sämtliche Betriebsanlagen und Betriebsmittel durch die Kriegeregierung in Grund und Boden gewirtschaftet worden sind.

Ebensowenig Geld wie für die Beamten hatte die wilhelmsinische Regierung auch zur ordnungsmäßigen Erhaltung der Betriebsanlagen und -mittel. Nur für Kanonen und Granaten war Geld vorhanden. Jetzt heißt es, diese Sünden ausbaden — und das Personal der Reichsbehörden soll hierbei den Sündenbock abgeben.

Gegenüber den genannten Zahlen und der Tatsache, daß die gesamte Lebenshaltung im Preise durchschnittlich um weit mehr als das Fehnfache gestiegen ist, muß festgestellt werden, daß die Gehälter der Reichsbeamten nach der neuesten Regierungsvorlage und einschließlich der 50 Proz. Teuerungszulage gegenüber der Vorkriegszeit — laut amtlichen Unterlagen — durchschnittlich in den unteren Gruppen um das Vierfache, in den mittleren Gruppen um das Vier- bis Fünffache und in den höheren Gruppen um das Dreifache erhöht worden sind. Ein verheirateter Beamter erhält alles in allem in Gruppe I (Wächter) 8100-12.000 M. jährlich, in Gruppe II (Bahnwärter) 8350-12.800 M., in Gruppe III (Post- und Eisenbahnkassierer) 9000-13.350 M., in Gruppe IV (Oberkassierer, Telegraphen-Gebühlführer) 10.050 bis 14.700 M., in Gruppe V (Assistenten) 10.650-15.600 M., in Gruppe VI (Sekretäre) 11.700-16.950 M., in Gruppe VII (Obersekretäre) 12.300-17.850 M., in Gruppe VIII (Inspektoren) 13.200-19.200 M., in Gruppe IX (Oberinspektoren) 14.850-21.450 M., in Gruppe X (Ministerialsekretäre) 16.500-23.700 M., in Gruppe XI (Regierungsräte) 18.450-26.550 M., in Gruppe XII (Oberäte) 21.150 bis 30.000 M. und in Gruppe XIII (Ministerialräte) 24.600 bis 36.000 M. Daneben wird ein Kindergeld von 40-60 M. monatlich, je nach dem Alter des Kindes, gezahlt. Hierzu sei bemerkt, daß die Beamten des Höchstgehalts meist erst in 16 Jahren erreichen und auch nicht von vornherein die an-

Volksabstimmung über Wilna?

Berlin, 2. November. (Centr.) Polen hat den Vorschlag des Völkerbundes, im Gebiet von Wilna eine Volksabstimmung stattfinden zu lassen, angenommen. Im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des polnischen Landtages erklärte der Minister des Auswärtigen Prinz Sapieha, die Regierung habe keine Maßnahmen gegen Zeligowski vorgezogen.

Wrangels Rückzug.

Konstantinopel, 2. November. Die Truppen Wrangels ziehen sich hinter die Perelop-Linie zurück. Am Mittwoch wird der Rückzug beendet sein. Eine Division hat schwere Verluste erlitten. Die angreifenden Bolschewisten werden auf 140.000 Mann geschätzt.

Die Regierungsfrage in Belgien.

Paris, 2. November. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel hat der sozialistische Parteitag sich mit 447.000 gegen 212.000 Stimmen bei 8000 Stimmenthaltungen für die Beteiligung der Sozialisten an einem neuen Koalitionsministerium ausgesprochen. Dies bedeutet eine Vermehrung um 8 Proz. der Stimmen, die gegen die Beteiligung an der Regierung sind, gegenüber der Abstimmung auf dem letzten zu Ostern abgehaltenen Parteitag.

Die Gemeindevahlen in Rom.

Rom, 2. November. Bei den römischen Gemeindevahlen blieb der bisher auf dem Kapitol herrschende bürgerlich-republikanische Block mit 40.000 Stimmen siegreich. Die Sozialisten erreichten 21.000, die Katholiken 16.000 Stimmen und erhalten Minderheitsvertretungen. Die Republikaner mit 5000 Stimmen fallen ganz aus. Die Wahlen verliefen ohne Zwischenfälle. Die Wahl begann spät abends. Auf Grund des starken Wahlandranges schloßen die Wahlausschüsse die Wahlbeteiligung auf 60 Prozent.

Irland.

London, 2. November. Es ist eine Kommission gebildet worden, die ganz unabhängig von jeder Parteirichtung sich mit der Einführung der britischen Verwaltung in Irland und mit der Herbeiführung einer annehmbaren Lösung des Konflikts befassen soll.

London, 2. November. (Meister.) Zur Vergeltung von Angriffen auf die Polizei wurden gestern abend in verschiedenen Ortschaften Irlands scharfe Repressalien ausgeübt. In Tralee wurde die Landeshalle niedergebrannt und zahlreiche Geschäfte wurden durch Bomben und angelegtes Feuer zerstört. In Dungannon (Ulster) wurden zahlreiche Läden geplündert und zerstört. In Lipperrary wurde die Ortschaft Ballinvoisy Kern zerstört. Sonntag nacht wurde ein Polizist, der sein Haus in Kullamore (Ireland) verließ, durch Schüsse tödlich verletzt. Zur Vergeltung steckten uniformierte Männer das Spielhaus und die Gewerkschaftshalle in Brand und zerstörten Häuser und Läden von Sinnfeinern.

London, 2. November. „Times“ meldet aus Dublin, daß Sinnfein im Verlauf von 24 Stunden 52 Angriffe auf Polizeibeamte unternommen haben. 16 Polizisten wurden dabei getötet und acht schwer verwundet. Die Anschläge seien von einer Zentraleitung aus angeordnet worden.

Die Münchener Postkamerei.

München, 2. November. (Eigener Sonderbericht des „Vorwärts“.) Die Polizei fährt fort, durch Mitteilungen an die Presse die Öffentlichkeit weiter zu verwirren, trotzdem sie als die angeklagte Behörde verpflichtet wäre, das Resultat der parlamentarischen Untersuchung abzuwarten. Dabei beschwert sich die Polizeidirektion darüber, daß ihre Tätigkeit durch den Untersuchungsausschuß behindert wird. Ihre Absicht geht dahin, den Spieß umzudrehen, die Sozialdemokratie in die Rolle des Angeklagten zu versetzen. Aus dem am Dienstag früh veröffentlichten Communiqué der Polizeidirektion geht hervor, daß der Eigentümer Pracher (nicht Pracher, wie es bisher hieß) gar kein Belgier, sondern ein Münchener namens Pracher ist. Er soll angeblich nicht zurechnungsfähig sein. Daraus geht hervor, daß die Polizei mit Subjekten in Verbindung tritt, über die sie bei ihrer Tätigkeit nicht einmal Erkundigungen einzieht. Pracher ging bei der Polizei ein und aus, erhielt von ihr Auszüge und führte beim Telephonieren das Kennwort M. 55. Die Polizei hat Pracher und Dobner verhaftet. Dobner unter Verletzung der gesetzlichen Vorschriften im U.S.P.-Fraktionszimmer des Landtages. Das zu dem Ueberfall auf Dobner benutzte Auto gehört dem Leutnant und Tatterfallbesitzer Böhm, einem schweizerischen Mann. Dieser Dobner wurde von einem Beamten der Polizeidirektion im Hause der Frau Justizrat Berghofer mit Böhm bekanntgemacht. Pracher führte darauf in Böhm's Auftrag — Böhm nannte sich als Polizeioffizier Pollinger — den früheren Reichswehrsoldaten Dobner zu und verabredete mit ihm die Autofahrt. Die Verbindung des Böhm mit den beiden verhafteten Studenten Schüler und Verchold ist noch nicht aufgeklärt. Es steht jedoch fest, daß Dobner sehr schwere Verletzungen davongetragen hat.

Bayern gegen Sperrgesetz.

Aus Bayern kommt die Meldung, daß Regierung und Landtag das Sperrgesetz betreffend die Befoldung der Beamten abgelehnt haben. Es kann daran erinnert werden, daß lediglich durch den Widerstand Bayerns im Reichsrat seinerzeit das Ergänzergesetz Sperrgesetz gefallen ist. Die Folgen waren die unerquicklichen Zustände, welche sich seither in der Beamtenbefoldung herausgebildet haben.

Da es ausgeschlossen ist, hinsichtlich der Beamtenbefoldungen anders als durch ein Sperrgesetz zu geordneten Zuständen zu kommen, hat die Reichsregierung die Absicht geäußert, einen neuen Sperrgesetzentwurf einzubringen. Sämtliche Länder außer Bayern haben dem zugestimmt, und die bayerische Regierung widerspricht jetzt. Es entsteht die Frage, woher nimmt der bayerische Landtag das Recht, einen erst im Entstehen begriffenen Entwurf zu einem Reichsgesetz oder überhaupt ein auf Grund der Weimarer Verfassung ergangenes Reichsgesetz abzulehnen?

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstage, das aus den Abgeordneten Dr. Spahn als Vorsitzenden, Brodauf, Fischer und den Reichsgerichtsräten Cornarius und Karlsruh sich zusammensetzt, hielt heute eine Sitzung ab, in der zunächst Wahlproteste aus dem hiesigen Wahlkreisverband (Sachsen, Thüringen) zur Beratung standen. Unter diesen Protesten befand sich der Protest des Landtagsabgeordneten Dr. Oscar Cohn gegen seine Streichung aus dem unabhängigen Wahlvorschlag. Die Verhandlung ergab, daß der Name Cohn, der an fünfter Stelle auf der Liste der unabhängigen Hand, gestrichen wurde, weil von ihm nicht rechtzeitig die Annahmeerklärung der Kandidatur eingegangen war.

gegebenen Mindestsätze erhalten, sondern sie müssen durchweg mehrere Jahre Diätäre bleiben, in denen sie erheblich weniger bekommen, und außerdem haben viele von ihnen eine mehrjährige unentgeltliche Ausbildungszeit durchzumachen gehabt. Selbstverständlich ist, daß der Beamte ebenso wie jeder Arbeiter und Angestellte von seinem vollen Einkommen — den angegebenen Sätzen — Steuern zahlen muß, und der 10- und mehrprozentige Lohnabzug auch bei ihm angewendet wird.

Berücksichtigt man, daß die kommende, von der Sozialdemokratischen Partei dauernd angestrebte soziale Staffelung der bisher gleichmäßig prozentualen Teuerungszu- und abnahme der Gehälter der oberen Beamtengruppen um einiges ermäßigt, so wird niemand behaupten können, daß die Bezahlung der Beamten an und für sich zu hoch ist. Es dürfte nicht uninteressant sein zu erfahren, daß Beamte der Gruppe IV bis 2000, solche der Gruppe V bis 6000 M. Gehalt weniger beziehen, als ihnen unterstellte Handwerker und Arbeiter, aus denen sie hervorgegangen sind, ein Zustand, der in der Industrie undenkbar ist. Eine Reduzierung der Gehälter kann ebenso wie die Senkung der Löhne erst nach einem Absinken der Preise in Frage kommen, und hiervon ist leider noch nichts zu merken. An der Beamtenbesoldung als solcher werden sich zunächst also keine Ersparnisse machen lassen, auch nicht, wenn man der Ansicht ist, daß der Beamte wegen seiner festen Anstellung und seiner Pensionsberechtigung geringer bezahlt sein muß als flüchtige Angestellte. Für beides kann er sich heute auch nicht ein Stück trocken Brot kaufen, und wenn er verhungert, so nützen ihm Pensionsanspruch und feste Anstellung gar nichts. Um Ersparnisse zu erzielen, gibt es innerhalb der Ressorts zurzeit nur einen Weg, und der heißt: Durchgreifende Reform sämtlicher Verwaltungen und — dazu gehörig — Senkung der tatsächlichen Ausgaben.

Der Reichsrat hat einen Beschluß angenommen, „weitere“ Beamtenstellen nicht mehr zu bewilligen. Mit diesem Beschluß ist zunächst gar nichts erreicht. Er hat nur dann einen Zweck, wenn mit ihm gemeint ist, daß keine neuen Beamtenstellen für frisch einzustellende Bewerber geschaffen werden dürfen. Für die vorhandenen Beamten werden die dem gewöhnlichen Gang ihrer Laufbahn entsprechenden Stellen nach wie vor in den Haushalten eingeplant werden müssen, ein Vorgang, welcher der angestrebten Herabsetzung der Ausgaben für die Verwaltungen an sich durchaus nicht im Wege steht. Man darf nie vergessen, daß die kommenden Reichsetats in diesem Punkt für eine Reihe von Jahren vorherbestimmt sind. Die Staatsverträge zwischen dem Reich und den Ländern wegen Uebernahme der einzelstaatlichen Eisenbahnen und Posten auf das Reich enthalten die Bestimmung, daß sämtliche Beamten der zu übernehmenden Verwaltungen und auch die Anwärter so anzustellen und zu befördern sind, wie es bei normalem Verlauf ihrer Laufbahn im Dienst ihres Heimatstaates geschehen wäre. Durch diese Verträge hat sich das Reich verpflichtet, die erforderliche Anzahl von Stellen in die Etats einzusetzen. Nun ist es selbstverständlich, daß das, was den übernehmenden Beamten der Länder recht ist, den alten Reichsbeamten billig sein muß. Ebenso wie der Reichslohnstarif für die Reichsarbeiter und -angestellten bei gleicher Beschäftigung einheitliche Bezahlung vorsieht, muß dies natürlich auch für die Beamten gelten. Folglich ist es ausgeschlossen, die bisherigen Reichsbeamten den neu hinzugekommenen gegenüber zurückzusetzen, oder mit anderen Worten, man muß auch für sie die Stellen geben, die der Entwicklung ihrer Dienstlaufbahn entsprechen. Derselbe Gedankengang ist es auch, der bei der Nachprüfung der Besoldungsordnung, die jetzt vor dem Abschluß steht, eine ausschlaggebende Rolle spielt. Zwar wird das angekündigte Sperrgesetz versuchen, die Besoldungen in den Ländern auf den Stand vom 31. März 1920 zurückzuführen, doch bleibt der zu erhoffende Erfolg abzuwarten. Der erste Anlauf, ein solches Gesetz durchzubringen, ist gerade am Widerstand des Reichsrats kläglich gescheitert.

Nacharbeiter.

Von Erich R. Schmidt.

Die Arbeit ist getan, ich habe niedergeschrieben, was mich tag- über drückte, ob gut oder schlecht, das scheint mir nun einerlei — ich bin erledigt! Ich durchraufe krampfhaft den Raum, die Hände wischen die Wände zertrümmern, die Stirne hebt sich deckenwärts, es ist alles gar so enge.

Die nächtliche Stille hängt wie Nadeln im Ohr, ganz dünn, ganz fein; ich habe die Bude unten stundenlang nicht mehr gehört. Aber nun dringt eine Wucht durch die Nacht, die Scheiben dröhnen, der ganze Bau wackelt auf seinem Fundament.

Es geschieht, daß ich die Eisenbahn in der Tiefe zwischen hoffe. Wenn die weiße Papierfläche mich mit ihrer blanken blendenden Helle in Verzweiflung stürzt; wenn die Gedanken sich im Hirn formlos überschlagen, die Augen brennen und kein Strahl aus dem Chaos züngelt; dann bringt das Rollen der Räder wie flirrender Sahn durch die Scheiben, der Wille schwankt, Jagheit wächst langsam empor, lethargie umpreßt das Herz.

Tage aber gibt es, da die dröhnenden Wagen meine Sehnsucht in die Ferne reißen, heraus aus der Monotonie, aus dem Gleichtritt der Stunden, heraus aus dem verfluchten Alltag, der alles Gute in mir mit seinem Maßstein zermahlt. Dann singen mir die flüchtigen Räder ein wildes Wunderlied in abgeschwemmtem Taft. Bahnen wimpeln um die feindwärts jagenden Dächer der flüchtigen Wagen, — Bahnen, die mir Erlösung winken, — die kleinen fliegenden Fenster lösen mit blühenden Blüten, mein Herz ist voll Tumult. Die Augen, mein Blut, alle Gedanken segeln mit in die Ferne — bis der letzte Wagen um die Hausede zuckt und das Echo allmählich zögernd zerfließt.

Ruhig gibt es, wie heut, da eine gute Stimme in der Brust mir sagt, daß auch mein Schreibschicksal nicht zwecklos ist. Sie predigt: Geduld! Es werden sich schon noch die großen Tore öffnen! Und ich habe das Fenster auf, so daß die Tabakwolken in diesen Schwaden, gleich erlöster, grauen Weitem, in die Nachtluft wehen, die Stirn taucht in Kühle, das Blut kreist gehemmt. Sternstrahlen gleiten sanft in meine Pupillen und machen sie ruhig und groß.

In der Tiefe, auf dem Rangierbahnhof, poltern viele Stimmen durcheinander. Laternen irren hin und her, pendeln und säwigen. Vereinzelt Wagen rollen, von mythischer Kraft gestoßen, phlegmatisch über die Schienen, bis sie jäh auf widerstrebende Puffer donnern. Wagen um Wagen rollt aus der rechten Seitenkuffel, donnert und hebt. So formt sich langsam der Zug.

Dazwischen haften winzige Schatten umher, die zuweilen entschuldig brüllen. Pfeifen kreischen durch die Nacht, eine Lokomotive kommt fürdazwischen herbei, hebt und zischt und taucht. Neue Signale, Arbeit in Eile, geschäftiges Leben am Ritternacht.

Wie dem auch sein mag, das große Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden. Es ist und bleibt: wie können wir durch die Senkung der öffentlichen Ausgaben dazu beitragen, unserem Finanzelend abzuhelfen? Nicht richtig erscheint es mir, im Streben auf dieses Ziel jedes Opfer nur deshalb zu verweigern, weil es die augenblicklichen Ausgaben etwas erhöht. Wenn man durch Erfüllung dahingehender Wünsche — soweit man dies verantworten kann, und es erträglich ist — weite Berufsfreize zufriedenstellen und zur intensiven Mitarbeit heranzuziehen vermag, sollte man Entgegenkommen zeigen. Stellt es sich dann heraus, daß eine Reduzierung der Ausgaben unermesslich ist, so drehe man das Rad, und zwar bei allen Ausgaben, gleichmäßig zurück.

Im übrigen wird es nicht genügen, sich über die Herabsetzung der Etatssummen durch Ersparnisse in Personalausgaben zu unterhalten. Viel schärfer als bisher ist es erforderlich, die tatsächlichen Ausgaben unter die Lupe zu nehmen. Durch die täglich veröffentlichten Bilanzen und Dividendenverteilungen wird bewiesen, daß es den Industriellen trotz des allgemeinen Elends noch immer glänzend geht. Bei den tatsächlichen Ausgaben wird der Haushaltsausfluß ein reiches Feld für die Veranschlagung finden, auf dem sofort und mehr herausgeholt werden kann, als auf allen anderen Gebieten. Senkung der Preise, das ist das Ausschlaggebende, alles andere kommt dann von allein. Hier ist eine sehr schöne Gelegenheit, bei der das Reich als mächtiger Verbraucher die Preislenkung durchsetzen kann. Natürlich wird dies nicht ganz ohne Kampf abgehen, doch wenn die Regierung ernstlich will, wird sie diesen Kampf gewinnen, und dann ist das Eis gebrochen.

Auch um die Frage einer Reform der Eisenbahn- und Posttarife nach sozialen Grundätzen wird der Reichstag schwerlich herumkommen. Ihre Lösung wird auch zur Gesundung der Finanzen beitragen. Wege zum Ziel sind also verschiedene vorhanden, es braucht nur der feste Wille gebracht zu werden, sie alle mit Ernst zu verfolgen. Die Beamten allein die Finanznot des Volkes büßen zu lassen, ist nicht das Richtige.

Rechtsanarchisten gegen Severing.

Das Verbot der Orgele durch den preussischen Innenminister wird, wie nicht anders zu erwarten war, von der Presse der Reichs mit wildem Entrüstungsgeheul aufgenommen. Die „Tägliche Rundschau“ deklamiert, wer sich in Preußen ehrlich (!) um Ordnung und Einigkeit bemühe, der stehe außerhalb des Rechts und der Verfassung. Erwähnung der bayerischen Einwohnerwehren an die Franzosen. Die „Deutsche Ztg.“ ist „gespannt zu sehen, wie sich das Gesamtministerium mit der Sache auseinandersetzen wird“, und kommt zu dem Schluß, „daß die Reichswahlen in Preußen nicht um einen Tag verzögert werden dürfen“. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ spricht die Hoffnung aus, daß das preussische Gesamtministerium gegen Severing, für die Orgele entscheiden werde, und sagt zum Schluß drohend:

Der Severing soll den Bogen nicht überspannen. Lange genug hat der friedliche Bürger mit sich Schindluder spielen lassen. Er ist erwacht und wippt sich mit Hähnen und Klauen gegen solchen Gewalttät zu wehren wissen.

Die „Deutsche Zeitung“ will also mit dem Schloßgeschrei „Orgele!“ in den preussischen Wahlkampf ziehen, während die „Deutsche Tageszeitung“ unverhüllt mit einem neuen Wutsch droht. Weder das eine noch das andere kann und schreien. Der preussische Minister des Innern hat zweifellos die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, wenn er den Standpunkt vertritt, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung Sache der staatlichen Organe sei, die ihre Aufgabe unter keinen Umständen an reaktionäre Privatvereinbarungen abgeben dürfe. Denn eine solche Abankung der Staatsorgane bedeutet einfach die Anarchie. Die Rechte hat

Euch da unten, Eisenbahner, grüße ich. Euch bin ich verwandt. Ringum schnarzen die Philister in den Betten. Wir aber werten und schreiben. Die lassen Hand und Geist rotieren. Wir durchstoßen die Stille mit dem Gedröhn unserer Arbeit. Hört, auch meine Stube schreit von Tönen. Die Euer Schienenweg. Wir lassen die Räder kreisen, damit der Suchende seine Kost gewinne, dieser und jener, wir fragen nicht, wer...

Hunger durchwühlt mich, ich greife zum Brot und laue mit vollen Boden. Schön ist der hohe Platz, nächstens auf dem harten Fensterbrett. Zwischen Arbeit und Arbeit ein stiller Ruhepunkt!

Da steht ein greller Pfiff in die Nacht, der Güterzug ist fertig, die Lokomotive jagt Lichter und gibt mit ihrer Schleppe ab. Stimmen verhallen, Dichter irren umher. Stille wächst ringum.

Ich lauge die Nachtluft tief in mich hinein. Strenghaus fällt in meine Haare. Seht Ihr die Sterne, Freunde da unten?

„Wir sind zu müde, wir haben keine Zeit dafür.“

Seid ruhig, Genossen, die Sterne — ich sehe sie für Euch!

Konzert der Kunstgemeinschaft an der Volkshochschule Groß-Berlin. Aus dem Hörsaal der Volkshochschule Groß-Berlin ist eine Kunstgemeinschaft herausgewachsen, die am letzten Sonntag ihre erste Veranstaltung in Form eines Volksliederabends gab. Die große Aula des Sophien-Gymnasiums war dicht gefüllt mit einem interessierten, andächtig lauschenden Publikum. Man empfand ohne weiteres, daß die Erziehungsarbeit der Volkshochschule auf dem Gebiete der Kunst fruchtbar trägt. Schon rein äußerlich: es schloß jenes Konzertpublikum, das sonst bei hohen Eintrittspreisen die Säle füllt; hier war das wirkliche Volk mit seinem natürlichen Empfinden vertreten. Alles Affektierte, Aufgeputzte fehlte. Das sonst häßliche Preisklosterchen nach den einzelnen Nummern unterließ so daß ein ungezügelter Genuß der einzelnen Programmteile möglich war. Um so stärker war der Beifall am Schluß.

Alles Gebotene wurde dankbar entgegengenommen. Es konnte aber auch für den ersten Abend nichts Besseres gewählt werden als das Volkslied, weil es aus dem Empfinden des Volkes herausfließt und in seiner schlichten Art die Herzen des Volkes rührt. Dr. A. Guimann sprach einleitende Worte. Er skizzierte den Zweck der Veranstaltungen dieser Art und gab dann einige kurze Erläuterungen über das Wesen des Volksliedes und das Programm des Abends. Das Programm war gut gewählt und brachte sowohl Chöre, als auch Einzel- und Zwieselsänge. Zum Vortrag kamen nicht nur deutsche, sondern auch ein Stück gut zusammengestellter ausländischer Volkslieder, darunter eine russische, ukrainische, italienische, niederländische und wendische Weise.

Das Programm bestritten ausschließlich Mitglieder der A-capella-Vereinigung des Berliner Volkschors unter Leitung von Dr. Guimann. Ihren Leistungen ist das volle Gelingen des Abends zu danken.

Preisandereisen für ein Geschichtswerk. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht erläßt ein Preisandereisen zur Schaffung eines Werkes über die Geschichte des deutschen

den Grundfah der unumschränkten Staatsautorität solange vertreten, wie sie selber an der Macht war, seit Sozialdemokraten in der preussischen Regierung sitzen, ist sie anarchoanarchisch geworden.

Parteitag der K. P. D.

In den Sophienäulen begann am heutigen Dienstag der 5. Parteitag der K. P. D., der die Vorarbeiten für den am 8. Dezember stattfindenden „Versammlungsparteitag“ erledigen soll. Man hatte deshalb auch das Zentralkomitee der K. P. D., das heißt der Neukommunisten, eingeladen, an den Beratungen teilzunehmen. Unter den Anwesenden vermehrte man die ausländischen kommunistischen Delegierten, die am Abend zuvor die Größe der europäischen Sektionen überbracht hatten. Der Parteitag hatte ihnen den Rat gegeben, nicht öffentlich aufzutreten, da angeblich eine beherrschende Aktion gegen sie eingeleitet ist.

Um 9 1/2 Uhr erklärte der Vorsitzende Siegfried von der Genrale der K. P. D. den 5. Parteitag für eröffnet. Er begrüßte die anwesenden Delegierten, die Vertreter der ausländischen kommunistischen Parteien und die Vertreter der K. P. D. (Neukommunisten) und bedauerte, daß der Parteitag nicht Gelegenheit habe, auch ein Mitglied der Exekutive der 3. Internationale Moskaus in Berlin vertreten zu sehen.

Es folgten die üblichen Angriffe gegen die Ausweisung Sinowjens (zu denen die Terroristen die geringste Verurteilung haben), hierauf eine Verherrlichung der Kampfgewalt, die offenbar in deutschnationalem Orgele-Musik aufgeführt werden soll.

Trotz Terror und Belagerungszustand stehe der Spartakusbund heute vor der Vollendung seines Werkes. Die revolutionären Arbeiter in den verschiedenen sozialistischen Parteien hätten jetzt begriffen, daß die wirtschaftliche und politische Lage ihre Vereinigung erfordert (davon haben die Kommunisten am wenigsten begriffen!) Die Red. des „Korn.“

Sodann kam ein Rufus Sinowjens

an den Parteitag zur Verlesung, in dem noch einmal der Triumph der Russen über die gescheiterte Spaltung der K. P. D. zum Ausdruck gelangt und die Neukommunisten — natürlich — als Kerntruppe der K. P. D. bezeichnet werden. Ferner verlangte der Rufus mehr Toleranz der K. P. D. gegenüber von der man einige „revolutionäre Elemente um jeden Preis in unseren Reihen haben“ müsse. Als Aufgabe des Spartakusbundes wird bezeichnet, in der neuen kommunistischen Partei aufzugehen. Der Vorsitzende Siegfried sprach von der Erfüllung aller in Sinowjens Manifest ausgesprochenen Wünsche. Sein Satz: „Nicht Terror und Bürgerkrieg sollen herrschen“, wird ihm allerdings nicht die Sympathie der russischen Terroristen eintragen.

Nach einer weiteren Begrüßungsansprache Jeschkes gab der Parteivorstand bekannt, daß der Parteitag von insgesamt 101 hundertberechtigten Teilnehmern besucht sei. Auch kommunistische Vertreter des Auslandes sind zugegen. Hierauf kam eine Reihe von Anträgen zur Verlesung, unter denen ein Antrag Chemnitz bemerkenswert ist, der die

Wiederaufnahme des früheren Genossen Gllg

forderte. Siegfried erklärte, hiergegen nichts einzuwenden zu wollen, wenn Gllg die Beschlüsse der Partei zu respektieren verspricht.

In seinem Referat über die politische Lage ging Thalheimer in längeren Ausführungen auf die zurzeit herrschende Weltwirtschaftskrise und ihre Gründe ein. Man wolle Rußland wirtschaftlich ausbeuten und es politisch bedrücken. Diese Wäre künftiger Staatsnot sei eine vollkommene Anarchie. Der Vorstoß Rußlands gegen Polen sei durch die Föhre der K. P. D., durch die Gewerkschaftsbewegung und die S. P. D. gescheitert worden (!). Thalheimer propagierte Aufgabe der Neutralität und aktives Eingreifen. (Es ist kommunistische Arbeiter lieber in den Schützengraben schicken lassen als andere, das zu entscheiden möchten wir ihnen selbst überlassen (Red. d. „Korn.“). Zum Schluß seiner Rede wandte sich Thalheimer gegen die deutsche Antirevolution.

Hierauf sprach Thomas Münch über die Situation in Bayern.

Rahenjammer!

Der eigentlichen Eröffnungssitzung von heute früh ging gestern eine nichtöffentliche Sitzung der K. P. D. voraus, in der der Kommunist Thalheimer über die Situation in der Partei referierte. Seine Ausführungen beschäftigten sich vorwiegend mit der Frage

Volles vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Das Buch soll im Rahmen der politischen Geschichte in großen Zügen die allgemein geistige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands darstellen mit dem Ziele, Verständnis zu wecken für das Wesen des neuen Staates. Das für welche Kreise bestimmte Werk soll in wissenschaftlichem Geiste und in klarer, feinfühler Form geschrieben sein und einen Umfang von etwa 20 Druckbogen (2000) keinesfalls überschreiten. Die Handschriften sind bis zum 1. Juli 1921 beim Zentralinstitut einzureichen. Der Verfassernome ist in einem verschlossenen, mit Kennwort versehenen Umschlag beizufügen. Drei Preise sind ausgesetzt: 8000, 3000 und 2000 M. Die Prüfung der Arbeiten haben übernommen: Wendt, Reinecke, Dubs, Hartmann, Albert Mayer. Die preisgekrönten Arbeiten bleiben Eigentum der Verfasser, mit denen sich das Zentralinstitut wegen etwaiger Herausgabe verständigen wird.

Der Prozeß des Oberbada wegen Verleibung der Reichsmacht durch die Bada-Ausstellung der Kunsthandlung Burchard, wird vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II zur Verurteilung kommen. Dr. Udo Ruffer wird den Oberbada verteidigen. Die übrigen Angeklagten verteidigt Theodor Dieblich. Eine große Anzahl Zeugen ist geladen. Auch Reichspräsident und Reichskanzler sollen bezeugen, daß dem Oberbada nichts ferner gelegen hat, als eine Verleibung der Reichsmacht.

Die Große Volkstheater in der neuen Welt morgen. Mittwoch, ihre erste Opernvorstellung. „Gedanken und „Arielle“ mit Marie Kunt in der Rolle und Leo Bloch als Dirigenten. Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr.

Die Noten-Vererbenheit steht von Donnerstag ab bis Ende des Monats einmahl Gemälde und Statuen bei Brädel u. Co., Wappenhof 13, aus. Eintritt frei.

Richard Schmied Gedichte erscheinen demnächst, wie aus London verlautet, in einem Londoner Verlage in englischer Uebersetzung.

Heber Dia und Böhler wird im Verein Berliner Werke in und Androhler am 4. November Prof. Dr. H. Born im Sitzungssaal des Savon-Palais, Breitenstr. 103, nachmittags 1/2 Uhr.

Berliner Kunstschule. Walter Georg Köhner ist als Lehrer an die Städtische Kunstschule in Berlin berufen worden, die sich eben unter Leitung von Professor Walter Köhner in ihrem Neubau an der Ecke Potsdamer- und GutsMuthsstraße eröffnet. Köhner hat unmaß für die neue Aufgabe von Prof. Köhner als Leiter der Kunstschule, „Kunst und Leben“ die Vorerarbeiten.

Carl Weid, der Berliner Graphiker, hat Auftrag erhalten, für die neue Aufstellung des Sommererhärtungsmuseums in der Döllander-Galerie Grundriss zu schaffen. Die erste Ausführung des Sommererhärtungsmuseums, mit der Max Reinhardt unterzeit den Bau seiner Dekorationskunst begründete, hatte Carl Weid, Reichs-Expositionskollege, ausgeführt.

Der Berliner Volkschorsprecher in Leipzig. Der Leipziger Volkschor, der unter Leitung von Dr. Guimann am 4. November unter Alexander Kungas Leitung in der Aula des Landrats, Berliner Str. 8, Kolonial-Expositionswände, „Der Leidgarb“ geben.

Heber harmonische Körperanbahnung spricht im Volkshaus am 4. November, 1/2 Uhr, Frau Borge-Albeim mit praktischen Vorträgen. — Am 18. November wird das 10jährige Bestehen der Vortragsveranstaltungen des Volkshaus-Museums gefeiert.

